

VCD-Bewertung des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD

Stand: 13.03.2018

Zusammenfassung

Das Verkehrskapitel des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD enthält zwar einige positive Ansätze vor allem bei der Bahnpolitik. Ein deutliches Umsteuern in der Verkehrspolitik zu mehr Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz gibt es jedoch nicht. Vielmehr zeigt sich im Vertrag ein „Weiter so wie bisher“ mit kosmetischen Korrekturen. Die Koalitionspartner heben einen undifferenzierten „Investitionshochlauf“ auf „Rekordniveau“ für die Verkehrsinfrastruktur besonders hervor – damit drohen immense Straßen-Baumaßnahmen nach dem Gießkannenprinzip auf Kosten des Klima-, Natur- und Lärmschutzes. Die dringend nötige ökologische Steuerreform, der Aufbruch zu mehr Kostengerechtigkeit und der Abbau umweltschädlicher Subventionen im Verkehrsbereich fehlen. Allein damit ist der Weg zur Verkehrswende verbaut.

Im Vertrag findet sich kein Hinweis auf dringend notwendige Effizienzsteigerungen für Pkw und Lkw, auch eine Bemessung von Steuern und Abgaben im Verkehr nach dem CO₂-Ausstoß der jeweiligen Fahrzeuge fehlt. Die geplante Förderung des E-Autos droht zu einem Konjunkturprogramm für die Autoindustrie zu verkommen. Die Halbierung des Steuersatzes für privat genutzte Dienstfahrzeuge macht das Autofahren für die privilegierte Gruppe der Dienstwagennutzer extrem billig, vor allem, weil auch Plug-in-Hybride gefördert werden sollen – also auch Luxus-SUV mit 250 PS-Verbrennermotor und beigepacktem E-Motor. Diesel-Fahrverbote zum Schutz der Menschen vor Stickoxiden lehnt die große Koalition nach wie vor ab. Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Ende Februar werden diese aber kommen – in Form eines Flickenteppichs kommunal unterschiedlicher Regelungen, wenn die GroKo dabei bleibt, keine blaue Plakette einzuführen.

Für den Ausbau des Radverkehrs durch den Bund sollen Mittel lediglich für einen „Testlauf“ fließen. Immerhin soll der Nationale Radverkehrsplan (NRVP) fortgeschrieben werden und es gibt die Ankündigung, die Straßenverkehrsordnung (StVO) auf Fahrradfreundlichkeit zu überprüfen. Das ist ein Erfolg für den VCD, der die StVO-Reform seit langem fordert – doch braucht es für die Verkehrswende darüber hinaus auch die Modernisierung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG). Dafür werden wir uns in den kommenden Monaten einsetzen. Die Förderung des Fußverkehrs und der Mobilitätsbildung fehlen bei CDU, CSU und SPD komplett. Auch konkrete Maßnahmen zur Umsetzung von Vision Zero (=Null Verkehrstote) wie zum Beispiel Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts greift die große Koalition nicht auf.

Positiv zu bewerten ist, dass die Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz deutlich erhöht und dynamisiert werden. Das schafft Spielraum für die Kommunen zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und verbessert ihre Planungssicherheit. Auch die Vorhaben bei der Bahn, den Deutschland-Takt einzuführen und das Fahrgastwachstum der Deutschen Bahn gegenüber der Gewinnerwartung des Konzerns zu priorisieren, bewertet der VCD positiv. Als Erfolg des VCD und befreundeter Verbände ist zu verbuchen, dass die Streichung der Luftverkehrsteuer in letzter Minute aus dem Koalitionsvertrag verschwunden ist.

Wir brauchen die

Verkehrswende jetzt!

Auf einen Blick: Was die Große Koalition in den nächsten vier Jahren im Verkehr vorhat – und wie wir das finden

VCD-Kernforderungen	Koalitionsvertrag
Abgasskandal aufklären und Blaue Plakette	
CO2-Grenzwerte Pkw & LKW; 2030 emissionsfreie Neuwagen	
Kerosin- & Luftverkehrssteuer	
Deutschland-Takt	
Halbierung Schienenmaut	
Mindeststandards ÖPNV	
Mehr Mittel, Radschnellwege & eLastenrad-Prämie	
Straßenverkehrsrechtsreform, Autobahn-Tempolimit & Tempo 30 Regel innerorts	
Mobilitätsbildung von der Kita bis zur Berufs- und Hochschule	
Ökologische Steuerreform	

www.vcd.org

Wesentliche Punkte im Koalitionsvertrag zum Verkehr

Den gesamten Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD finden Sie hier:

www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2018.pdf

Die wichtigsten Beschlüsse für den Verkehr – hier zunächst unkommentiert – sind:

- Die Einhaltung der Klimaschutzziele für 2030 soll 2019 gesetzlich verankert werden. Die „Handlungslücke“ zum Erreichen des Klimaziels für 2020 soll so schnell wie möglich geschlossen werden – die GroKo hat sich also vom 2020-Ziel verabschiedet.
- Der Klimaschutzplan 2050 und die Sektorziele wurden im Koalitionsvertrag bestätigt. Die Mobilitätspolitik ist dem Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet.

Wir brauchen die

Verkehrswende jetzt!

- CDU, CSU und SPD wollen eine Kommission unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteure aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern und Regionen einsetzen, die bis Anfang 2019 eine Strategie „Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“ erarbeiten soll.
- Fahrverbote sollen vermieden werden.
- Der Fonds „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ und das „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ sollen fortgeschrieben werden.
- Im Jahr 2018 sollen Entscheidungen zur technischen Nachrüstung von Diesel-Pkw fallen.
- Für die Überwachung bereits im Markt befindlicher Fahrzeuge soll eine „flächendeckende Feldüberwachung sowie ein wirksames Sanktionssystem bei Nichteinhaltung von Emissionsvorschriften gegenüber den Herstellern“ etabliert werden.
- Die Dienstwagen-Steuer für E-Autos (Batterie+Plug-In) wird halbiert und zusätzlich eine Sonder-Abschreibung eingeführt.
- Die Förderung von E-Bussen, E-Lieferwagen und E-Taxen und Carsharing wird verstetigt.
- Die Bahnfahrpasszahlen sollen sich bis 2030 verdoppeln.
- Die Umsetzung des Deutschland-Takts wird vorangetrieben.
- Das Fernverkehrsangebot der Bahn soll ausgeweitet werden.
- Im Vordergrund soll nicht der Gewinn der Bahn sondern die Maximierung des Verkehrs auf der Schiene stehen.
- Fördermittel zum Ausbau des ÖPNV werden auf eine Milliarde Euro pro Jahr verdreifacht und dynamisiert.
- Der Radverkehr bekommt als Testlauf mehr Bundesmittel.
- Die Straßenverkehrs-Ordnung soll überprüft und ggf. fahrradgerecht fortgeschrieben werden.
- Der Nationale Radverkehrsplan (NRVP) soll fortgeschrieben werden.
- Die große Koalition verpflichtet sich zur „Vision Zero“ – Null Verkehrstote.
- Auf Grundlage europäischen Rechts soll das Verbandsklagerecht „in seiner Reichweite überprüft“ werden.

VCD Bewertung des Vertrags im Einzelnen

Klima, saubere Luft, Auto, Elektromobilität

Negativ:

- Es fehlt ganz klar ein Sofortprogramm, um die Lücke zum Klimaziel 2020 zu schließen. Über weitere Maßnahmen für den Klimaschutz sollen erst bis Anfang 2019 unterschiedliche Kommissionen entscheiden. Dadurch droht 2018 zu einem weiteren verlorenen Jahr für den Klimaschutz zu werden. Das Klimaziel 2020 rückt weiter in die Ferne. Auch das Klimaziel 2030 ist mit dem skizzierten Maßnahmenbündel nicht zu schaffen.
- Eine ökologische Steuerreform hin zu mehr Kostengerechtigkeit unter den Verkehrsträgern kommt nicht vor. Mit dem Pkw und dem Flugverkehr werden weiterhin die Verkehrsträger milliarden schwer subventioniert, die fürs Klima und die Gesundheit der Menschen am schädlichsten sind.
- Wir kritisieren, dass die neue Bundesregierung weiter Fahrverbote vermeiden will und die blaue Plakette als bundeseinheitliche Lösung ablehnt. Trotz gesundheitsschädlicher Luftwerte in mehr als 60 Städten gibt es keine Entscheidung zur dringend benötigten Nachrüstung von

Wir brauchen die

Verkehrswende jetzt!

Diesel-Pkw. CDU, CSU und SPD verschonen die betrügerische Autoindustrie zulasten der Menschen, die durch giftige Stickoxide erkranken. Allein mehr als 400 000 Diabetes-Erkrankungen lassen sich laut Umweltbundesamt auf Stickstoffdioxid in der Außenluft zurückführen.

- Der Koalitionsvertrag sieht einen undifferenzierten „Investitionshochlauf“ auf „Rekordniveau“ für die Verkehrsinfrastruktur vor. Der VCD fordert, dass die große Koalition bei der Vergabe von Investitionsmitteln den umweltverträglichen Verkehrsträgern deutlich Vorrang einräumt. Wenn die Klimaziele gelten sollen, ist die Lösung: „Umweltverbund vor Straße“ geboten.
- Der Fonds „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ und die Maßnahmen im „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ enthalten zwar einige sinnvolle Maßnahmen, aber diese reichen nicht aus, um die Stickoxidbelastung in den Städten auf ein erträgliches Niveau zu senken.
- Es ist unklar, wie und von wem die geplante flächendeckende Feldüberwachung und das Sanktionssystem für am Markt befindliche Fahrzeuge durchgeführt wird. Das Kraftfahrtbundesamt (KBA) ist seiner Kontrollfunktion in den letzten Jahren nicht nachgekommen. Die Aufgaben der Feldüberwachung sollte aus Sicht des VCD einer geeigneten Institution übertragen werden – z.B. dem Umweltbundesamt.
- Die geplante Förderung der Brennstoffzellentechnologie und von Wasserstoff als Kraftstoff sind für den Pkw wenig effektiv. Es ist deutlich energieeffizienter, Strom direkt im batterieelektrischen Auto zu nutzen. Förderung hierfür ist Geldverschwendung.
- Die Halbierung der Dienstwagen-Steuer sowie die Sonder-Abschreibung für E-Autos incl. Batterie+Plug-In sind eine Überförderung und werden so zu einem Förderprogramm für E-SUVs. Das „Dienstwagenprivileg“ insgesamt muss auf den Prüfstand. Eine aufkommensneutrale Differenzierung nach ökologischen Kriterien ist notwendig.

Positiv:

- Es kommt ein Klimaschutzgesetz. Die Einhaltung der Klimaschutzziele für 2030 soll 2019 gesetzlich verankert werden.
- Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der gesamten Stromproduktion soll bis 2030 auf 65 Prozent gesteigert werden (vorher waren 55 – 60 Prozent bis 2035 geplant).
- Der Klimaschutzplan 2050 und die Sektorziele wurden im Koalitionsvertrag bestätigt. Der Druck, auch im Bereichen Verkehr umzusteuern, bleibt also bestehen.
- Die Förderung der Elektromobilität, die Förderung von E-Bussen, E-Lieferwagen, E-Taxen ist richtig, sie sollte allerdings aufkommensneutral erfolgen – das heißt die Steuern für hochemittierende Fahrzeuge müssen erhöht werden, um die Förderung zu ermöglichen.

Bahn/ÖPNV

Die große Koalition setzt auf mehr Schienenverkehr und greift viele Forderung des VCD auf.

Positiv:

- Die Fahrgastzahlen der Bahn sollen bis 2030 verdoppelt werden. Das ist ein klares und ambitioniertes Ziel. Um dies zu erreichen, müssen CDU, CSU und SPD geeignete Maßnahmen ergreifen. Daran wird der VCD die Regierung immer wieder erinnern und Vorschläge einbringen.
- Der Deutschland-Takt soll vorangetrieben werden, damit ist eine VCD-Kernforderung im Koalitionsvertrag verankert. Auch dass das Fernverkehrsangebot ausgeweitet werden soll und

Wir brauchen die

Verkehrswende jetzt!

im Vordergrund nicht nur der Gewinn des DB-Konzerns, sondern die Maximierung des Verkehrs auf der Schiene stehen soll, ist ein Erfolg.

- Die längst überfälligen Bewertungen von Schienenbaumaßnahmen im Bundesverkehrswegeplan sollen dieses Jahr abgeschlossen werden. Sind die Maßnahmen bewertet, muss die Bundesregierung aber auch ihre Finanzierung sicherstellen: Der systematische Ausbau von Bahn-Knoten und die Beseitigung von Engpässen mit dem Ziel eines leistungsstarken Deutschlandtakts sollten hier Vorrang haben.
- Es soll eine neue Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bund und der Deutschen Bahn über die Instandhaltung der Eisenbahn-Infrastruktur beschlossen werden.
- Um die Infrastruktur des Nahverkehrs zu verbessern, verdreifacht die große Koalition die Fördermittel für den ÖPNV im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) auf eine Milliarde Euro pro Jahr. Zugleich soll die Förderung dynamisiert, also jedes Jahr erhöht werden, um den Anstieg der Baukosten aufzufangen. Der VCD fordert, dass die Mittel aus dem GVFG vorrangig für den öffentlichen Verkehr verwendet werden sollten, zudem sollte auch Instandsetzung statt nur Neubau möglich sein.
- Laute Güterwagen sollen auch auf EU-Ebene verboten werden.
- Innovative Schienenfahrzeuge sollen gefördert werden, um z.B. zukünftig auch auf nicht elektrifizierten Strecken mit Hybridlokomotiven elektrisch unterwegs zu sein oder das aufwendige Verfahren zum Kuppeln von Güterwagons zu automatisieren.
- Bis zum Jahr 2020 soll ein Güterschienennetz realisiert werden, auf dem 740 Meter lange Güterzüge fahren können. Der VCD und Bahnverbände haben darauf lange gedrängt. Die Kapazität des Bahnnetzes für den Schienengüterverkehr wird damit erheblich erhöht.
- Die Digitalisierung der Schiene soll, gerade im Hauptstreckennetz und auf hochbelasteten S-Bahnstrecken, vorangetrieben werden. So sollen auf den vorhandenen Strecken Züge in einem dichteren Takt fahren können.
- Zu begrüßen ist auch, dass 70 Prozent der Schienenstrecken bis zum Jahr 2025 elektrifiziert werden sollen und die Anschaffung von Brennstoffzellen-Schienenfahrzeugen sowie die Tankinfrastruktur dafür gefördert wird.
- Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV sollen künftig mit einem elektronischen Ticket bargeldlos über Verkehrsverbünde hinweg, bundesweit fahren können. Auch dies hatte der VCD seit langem gefordert, da der ÖPNV so an Attraktivität gewinnen wird.

Negativ:

- Laut Koalitionsvertrag soll mehr in die Schiene investiert werden, aber es wird kein konkreter Gesamtbetrag genannt. Es muss für alle relevanten Knoten und Engpässe, die der Deutschland-Takt braucht, einen ambitionierten Zeitplan geben und die dafür notwendigen Finanzmittel bereit gestellt werden.
- Ungeklärt bleibt, wie es mit Stuttgart 21 weiter geht und wer die Mehrkosten tragen soll. Aus Sicht des VCD darf die Kostenexplosion nicht dazu führen, dass bei anderen anstehenden und dringend notwendigen Bauprojekten das Geld fehlt.
- Bedienungsstandards für den ÖPNV hat die Bundesregierung weiterhin nicht auf der Tagesordnung. Wir werden uns in den nächsten vier Jahren dafür einsetzen, dass die GroKo hier nachlegt, um auch im ländlichen Raum ein attraktives ÖPNV-Angebot flächendeckend sicherzustellen. Der Rückbau des ÖPNV in einigen ländlichen Regionen muss gestoppt werden, sonst kommt die Verkehrswende auf dem Land nicht ins Rollen.

Wir brauchen die

Verkehrswende jetzt!

Fuß- und Radverkehr

Fußverkehr und Mobilitätsbildung fehlen im Koalitionsvertrag komplett. Der Radverkehr kommt an einigen Stellen vor. So sollen zwar mehr Bundesmittel bereitgestellt werden, allerdings nur als Testlauf. Dieses Vorhaben ist unkonkret und es fehlt eine Zielsumme der Förderung. In der Vorversion des Koalitionsvertrages standen noch 200 Millionen Euro. Zwar wurde Anfang Februar von der Bundesregierung eine staatliche Förderung beim Kauf von Lastenrädern auf den Weg gebracht, diese ist jedoch unzureichend, da zu strenge Kriterien beim Zuladungsgewicht angelegt wurden: Eine Kaufprämie wird erst ab 150 Kilogramm erstattet, statt bereits bei 80 oder 100 Kilogramm. Auch das Ladevolumen von einem Kubikmeter ist zu hoch. So fallen kleinere Lastenräder zur privaten Nutzung aus der Förderung. Hier muss die Bundesregierung nachbessern. Immerhin soll laut Koalitionsvertrag der Nationale Radverkehrsplan (NRVP) fortgeschrieben werden.

Ein Erfolg für den VCD ist, dass die Bundesregierung die Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) überprüfen und gegebenenfalls fahrradgerechter gestalten will. Hierfür haben wir in den letzten Monaten auf politischer Ebene stark gekämpft. Aus Sicht des VCD sollte allerdings grundlegender vorgegangen werden. Für die Verkehrswende muss das Straßenverkehrsgesetz (StVG) modernisiert werden. Es ist die Grundlage der StVO und aller anderen wichtigen verkehrlichen Regelwerke. Statt wie bisher die Flüssigkeit des Autoverkehrs ins Zentrum des StVG zu stellen, sollten Klimaschutz, Verkehrssicherheit und optimale Leistungsfähigkeit unter Nutzung aller Verkehrsträger das Ziel sein.

Neben der Rahmensetzung durch die StVO, den Radwegen an Bundesstraßen und der gezielten Förderung im Rahmen des NRVP und des Klimaschutzes, bietet auch der Gesundheitsschutz dem Bund Anlass, aktive Mobilität zu fördern. Schon heute sind die durch Bewegungsmangel hervorgerufenen Kosten der größte und am schnellsten wachsende Posten im öffentlichen Gesundheitssystem. Der Bund hat beispielsweise die Chance, über eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs hier Initiative zu ergreifen. So kann die Arbeit in den verschiedenen Ministerien abgestimmt werden.

Verkehrssicherheit

Zwar bekennt sich die Bundesregierung zur Vision Zero, also dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten auf Null zu senken. Doch konkrete Maßnahmen zur Umsetzung dieser Vision, wie zum Beispiel Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts, fehlen. Aus Sicht des VCD müssen die Bußgelder für verkehrsgefährdendes Verhalten angehoben werden. Auch die Parkgebühren müssen erhöht werden, um die Anzahl der Autos in den Städten zu reduzieren und damit die Verkehrssicherheit zu verbessern. Deutschland liegt hier weit unter dem EU-Schnitt. Die große Koalition will verkehrssicherheitserhöhende Projekte, wie z. B. „Schutzstreifen für Radfahrer außerorts“ unterstützen. Auf gering befahrenen Straßen in ländlichen Regionen ist das sinnvoll, um dort ein Angebot zu schaffen, wo aus Sicherheitsgründen bauliche Radwege nicht unbedingt erforderlich sind bzw. kein alternatives Wegenetz vorhanden ist. Die große Koalition will Fahrerassistenzsysteme wie nicht abschaltbare Notbremssysteme oder Abbiege-Assistenten für Lkw und Busse verbindlich vorschreiben. Der VCD fordert, dass dies auch für Pkw gelten muss.

Flugverkehr

Zwar konnte die Abschaffung der Luftverkehrssteuer in letzter Sekunde verhindert werden, doch CDU, CSU und SPD wollen laut Koalitionsvertrag Flughäfen und Unternehmen von einseitigen nationalen Kosten entlasten. Diese Formulierung lässt Tor und Tür offen dafür, dass die Steuer zu Lasten des

Wir brauchen die

Verkehrswende jetzt!

Klimas doch noch einkassiert wird – der VCD wird sich weiter für den Erhalt und Ausbau der Luftverkehrsteuer einsetzen.

Die Bundesregierung unterstützt die Einführung von CORSIA (Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation) im Jahr 2020 als globale Maßnahme zur Verringerung der CO₂-Emissionen im Flugverkehr. Der VCD betrachtet die unter CORSIA vorgesehenen Maßnahmen jedoch nicht als zielführend, um die globalen Klimaziele zu erreichen. CORSIA begrenzt weder das Wachstum des Luftverkehrs noch den Ausstoß der Emissionen und ist daher in aktueller Fassung als Maßnahme ungeeignet. Die Bundesregierung muss sich vielmehr auf internationaler Ebene für eine wirklich effektive Regelung einsetzen. Dazu gehört, die Steuerbefreiung auf Kerosin zu beenden.

Die Bundesregierung will das Luftverkehrskonzept umsetzen. Dieses wurde jedoch lediglich vom Bundesverkehrsministerium erstellt und nicht mit anderen Ressorts abgestimmt. Es ist nicht mehr als eine Wunschliste der Luftverkehrsindustrie. Stattdessen braucht es ein umfassendes Konzept für den Flugverkehr, dass sich auch klar an ökologischen Kriterien bemisst. Dazu gehört, Kurzstreckenflüge auf die Schiene zu verlagern.

Impressum:

VCD Verkehrsclub Deutschland e.V. • Wallstraße 58
10179 Berlin • mail@vcd.org • www.vcd.org

Bei Rückfragen:

VCD-Bundesgeschäftsstelle
Gerd Lottsiepen • Fon 030/280351-11
gerd.lottsiepen@vcd.org

© VCD e.V. 03/2018

Wir brauchen die

Verkehrswende jetzt!